



Währungshüter Weidmann

## Über 145 Milliarden Euro

hat die Europäische Zentralbank (EZB) schon für den Ankauf von Staatsanleihen ausgegeben, um die Kurse dieser Papiere zu stützen. Das umstrittene Programm begann im Frühjahr vergangenen Jahres, als die Risikoprämien für die Schulden angeschlagener Euro-Staaten, vor allem Griechenlands, in immer neue Höhen schossen. Verlangen historisch einzigartige Krisen auch einmalige Rettungsversuche? Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone hatten damals bereits beschlossen, Griechenland mit einem 110-Milliarden-Programm zu helfen. Es sollte in vierteljährlichen Tranchen ausbezahlt werden und wurde an strenge Sparauflagen gebunden. Auf einem Krisengipfel im Mai setzte EZB-Präsident Jean-Claude Trichet durch, dass die Zentralbank zur Beruhigung der Märkte auch Staatsanleihen von Griechenland, Portugal und Irland ankaufen darf.

Die deutschen Vertreter im EZB-Rat, der damalige Bundesbank-Präsident Axel Weber und EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark, leisteten erbitterten Widerstand, fanden aber nur wenige Mitstreiter. Der EZB ist es allerdings verboten, die Anleihen direkt von den Staaten anzukaufen. Denn das bedeutet nichts anderes, als die staatlichen Schulden mit Hilfe der Notenpresse zu finanzieren. Die EZB erwirbt die Papiere deshalb indirekt über den sogenannten

Sekundärmarkt, also von Banken und Großinvestoren. Die können auf diese Weise ihre Risiken einfach bei der Zentralbank abladen. Mit der eigentlichen Aufgabe der EZB hat diese Aktion nichts mehr zu tun, die Notenbank ist, ganz in der Tradition der Deutschen Bundesbank, allein der Geldwertstabilität verpflichtet. Die Staatsschulden sind dagegen Sache der Staaten und ihrer Finanzpolitik. Die Kritiker der EZB-Entscheidung sehen in den Anleihekäufen eine Vermengung dieser Aufgaben und Ziele – und eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Zentralbank und für die Stabilität der Preise. Weil diese Position im EZB-Rat nicht mehrheitsfähig war, verzichtete Weber auf eine Nominierung für die Nachfolge Trichets und trat auch als Präsident der Bundesbank zurück. Sein Nachfolger wurde Jens Weidmann, der seine Karriere bei der Bundesbank begonnen und dann Bundeskanzlerin Angela Merkel als Wirtschaftsberater gedient hatte. Anfang August stimmte Weidmann zusammen mit Stark gegen eine Neuauflage der Anleihekäufe, sie widersetzten sich auch der Ausweitung des Programms auf italienische und spanische Schuldtitel. Am 9. September erklärte Stark, 63, seinen Rücktritt. Die Regierung will ihn durch Jörg Asmussen, 44, SPD-Mitglied und Staatssekretär im Finanzministerium, ersetzen. Weidmann kennt ihn gut: Beide haben in Berlin eng zusammengearbeitet.



EZB-Präsident Trichet



Bundesbank-Chef Weber 2010